

Kritik an Rapperswiler Tunnelplänen

Strassenverkehr Rapperswil soll einen Strassentunnel zur Entlastung der Innenstadt erhalten: Nachdem das Stimmvolk das letzte Tunnelprojekt im Jahr 2011 abgelehnt hat, nehmen Stadt und Kanton einen neuen Anlauf. Doch an den Tunnelplänen scheiden sich bereits wieder die Geister, wie die «Südostschweiz» schreibt. Dagegen ist demnach zum Beispiel die Vereinigung Lebensraum Oberland (LEO). «Wie fast überall wird der Durchgangsverkehr zu hoch eingeschätzt», schreibt die Vereinigung. Vom Autobahnanschluss Hüllstein bis zum Seedamm betrage dieser nur knapp ein Drittel des Gesamtverkehrs. Die Vereinigung spricht von einem «Tunnelwahnsinn», der in der Stadt am Obersee herrsche: «Der Stadtrat foutiert sich um die Resultate von Verkehrserhebungen.» Als Alternative schlagen die Kritiker einen Ausbau des Eisenbahnnetzes vor.

Der städtische Bauchef wehrt sich

Für Thomas Furrer, Bauchef von Rapperswil-Jona, sind die Argumente zum Durchgangsverkehr «nichts Neues». Der Stadtrat habe diese Verkehrsmessungen immer wieder thematisiert. Man wisse in Rapperswil-Jona, dass der Durchgangsverkehr sogar weniger als ein Drittel betrage. «Aus diesem Grund plädieren wir für die sogenannten Vollanschlüsse des Tunnels», erklärt Furrer. Zudem hätte keine der angedachten Varianten nur auf den Transitverkehr gezielt. «Wir müssen auf jeden Fall auch das innerstädtische Netz entlasten.» Der Tunnel bedeute auch eine Entlastung für den Ziel- und Quellverkehr. Auch für die Verkehrsteilnehmer aus dem Zürcher Oberland bringe der Tunnel eine Verbesserung, ist Furrer überzeugt. (av)

Keine Unterschrift für Lohnleichheit

Gleichstellung Thurgauer SP-Kantonsrätinnen fordern, dass der Kanton die Lohnleichheitscharta unterschreibt, die Alain Berset 2016 lanciert hat. Der nicht erklärbare Teil der Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen habe 2017 immer noch 7,4 Prozent betragen, heisst es im Vorstoss. Die Thurgauer Regierung will davon nichts wissen. Zum einen lehnt sie den Antrag aus formellen Gründen ab. Die Charta stelle kein geltendes Recht dar. Dazu gesellt sich inhaltliche Kritik. Bei der Charta handle es sich um eine Selbstregulierung, «auf deren Basis sich staatliche Akteure zur Einhaltung gewisser Regeln selbstverpflichten». Dieses Vorgehen hält der Regierungsrat für staatspolitisch fragwürdig, weil es sich ausserhalb des ordentlichen rechtsstaatlichen Rahmens bewege. Der Kanton Thurgau erfülle die Anforderungen an die Lohnleichheit von Mann und Frau, so die Regierung. Der Bund habe eine Toleranzschwelle von 5 Prozent definiert. Eine Überprüfung 2012 habe gezeigt, dass im Vergleich aller Mitarbeitenden Frauen in der kantonalen Verwaltung 2 Prozent weniger verdienen als Männer. Eine weitere Überprüfung sei im Gang. (chk)

Knappes Ja für mehr Transparenz

Akteneinsicht Mitte Februar kommt die thurgauische Volksinitiative für ein Öffentlichkeitsprinzip in den Grossen Rat. Die vorberatende Kommission empfiehlt mit 7 zu 6 Stimmen ein Ja. Doch diese Zustimmung trägt.

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch

Das Initiativkomitee ist bereit für den Abstimmungskampf. Präsident Ueli Fisch sagt: «Wir haben schon während der Unterschriftensammlung die Messer gewetzt.» Der GLP-Kantonsrat setzt sich seit Jahren an vorderster Front für ein Öffentlichkeitsprinzip im Thurgau ein. Mit der Volksinitiative soll in der Thurgauer Verfassung festgehalten werden, dass der Kanton sowie Schul- und Politische Gemeinden Akteneinsicht gewähren müssen. Der Bund und die meisten anderen Kantone kennen das Öffentlichkeitsprinzip bereits. «Sogar Appenzell Innerrhoden will es an der Landsgemeinde einführen», betont Fisch.

Im Thurgau erklärt die vorberatende Kommission die Initiative einstimmig für gültig, empfiehlt sie aber nur knapp mit 7 zu 6 Stimmen zur Annahme. Interessant: Die sieben Ja-Stimmen kommen von Komiteemitgliedern, die in der Kommission sitzen – unter ihnen auch Ueli Fisch. Dem am Freitag veröffentlichten Bericht ist ausserdem zu entnehmen, dass zwei Personen die Sitzung verpasst haben. «Es hätte kippen können», sagt Fisch.

Regierung befürchtet hohen Aufwand

Die Empfehlung der Kommission sollte also aufgrund der Zusammensetzung der Mitglieder nicht überbewertet werden. Wie die Stimmung im Grossen Rat sein wird, sei deshalb schwierig zu beurteilen, sagt Kurt Egger (Grüne), der die Kommission präsidiert. Das sieht auch Ueli Fisch so. Er wagt für die Grossratsdebatte am 13. Februar keine Prognose: «Es kann ein sehr knappes Ja oder ein sehr knappes Nein geben.» So deutlich, wie 2015 eine Motion von ihm zum gleichen Thema abgelehnt worden ist, werde es sicher nicht ausgehen. Die Kantonsräte müssten sich sehr gut



Vergangenen März reichte Ueli Fisch vom Initiativkomitee «Offenheit statt Geheimhaltung» die Unterschriften ein.

Bild: Reto Martin

überlegen, welche Botschaft sie mit einem Nein senden würden. Fisch sagt: «Der Fall Hefenhofen spielt dem Komitee in die Karten.» Wer beim Tierschutzfall Transparenz gefordert habe, müsse jetzt Ja sagen.

Der Regierungsrat hat sich vergangenen September gegen ein Öffentlichkeitsgesetz ausgesprochen. Der Kanton informiere bereits offen und umfassend. Die Initiative bringe zudem einen grossen administrativen Mehraufwand. In der Kommissionsitzung bestätigte Regierungspräsidentin Cornelia Komposch, dass die ablehnende Haltung Bestand habe. Weil die Untersuchungskommission im Fall Hefenhofen das Öffentlichkeitsprinzip emp-

«Der Fall Hefenhofen spielt dem Komitee in die Karten.»

Ueli Fisch
Präsident Initiativkomitee

fielt, habe aber eine vertiefte Diskussion darüber stattgefunden. Unter diesen Umständen «stellt sich der Regierungsrat auf den Standpunkt, dass er sich im Abstimmungskampf sehr zurückhalten wird», heisst es im Bericht. «Das ist eine relativ feige Position», sagt Fisch dazu. Mit dieser «lauwarmen Aussage» sende der Regierungsrat kein gutes Signal an die Bevölkerung.

Alte Akten offenlegen oder ruhen lassen?

In der Kommission wurden zwei Gegenvorschläge zum Initiativtext diskutiert. Eine Idee lautete, dass die Bestimmung für alle Behörden gelten soll – auch für Kirch- oder Bürgergemeinden.

Das geht weiter als das, was die Initianten wollen. Fisch erklärt: «Bei Kirch- und Bürgergemeinden ist man freiwillig Mitglied. Die sollen das deshalb auch freiwillig umsetzen können.»

Der zweite Vorschlag will die Bestimmung streichen, dass nur Akten ab dem Zeitpunkt der Annahme der Initiative eingesehen werden können. «Wir wollen bewusst die Archive geschlossen lassen», sagt Fisch. Seine frühere Motion war auch deshalb abgelehnt worden, weil ein Bürokratiemonster befürchtet wurde. Der GLP-Kantonsrat wird sich mit dem Komitee noch absprechen, wie mit den Gegenvorschlägen umgegangen wird, falls der Grosse Rat auf diese zurückkommt.

Politische Sprayattacke auf Lochers Kanzlei?

Schmiererei Die Anwaltskanzlei von Walter Locher in St. Gallen wurde von aussen besprayed. Der FDP-Kantonsrat schliesst einen Zusammenhang mit dem Klimastreik von St. Galler Schülern nicht aus. Die Polizei ermittelt.

Zufall oder eine gezielte Aktion? In der Nacht auf Freitag wurde die Fassade des Hauses Museumstrasse 35 in St. Gallen besprayed, wie «Die Ostschweiz» berichtet. Im Gebäude befindet sich auch die Anwaltskanzlei von FDP-Kantonsrat Walter Locher. Damit stellt sich die Frage, ob ein Zusammenhang zu den Klimastreikaktionen von St. Galler Kantonschülern besteht. Am Freitag fand der dritte solche Streik statt. Locher hatte sich kritisch dazu geäussert und bereits am Montag in einem politischen Vorstoss Fragen an die Regierung gerichtet (Ausgabe vom Mittwoch). Es geht darin unter anderem um die Absenzenregelungen und die politische Neutralität der St. Galler Schulen.

Laut Kantonspolizei fand die Sprayattacke an der Museumstrasse 33–35 zwischen Donnerstag, 21.30 Uhr, und Freitag, 6.40

Uhr statt. «Es wurde Anzeige erstattet, die Ermittlungen laufen», sagte Polizeisprecher Hanspeter Krüsi gestern Nachmittag. Mutmassungen über einen Zusammenhang mit dem Klimastreik könne man nicht bestätigen, solange die Täter nicht gefasst seien. Nebst zwei Aussenfassaden wurden auch die Türklingeln am Eingang besprayed, der Sachschaden beträgt laut Krüsi etwa 1500 Franken.

Schon vorher negative Reaktionen

Walter Locher hat die Strafanzeige eingereicht, wie er auf Anfrage sagt. Angesprochen auf den möglichen Hintergrund der Schmierereien, betont Locher, es gelte die Unschuldvermutung, «doch dass die Tat zeitlich mit der aufgeheizten Diskussion um den Klimastreik zusammenfällt, ist schon auffällig. Ebenso, dass

unsere Gebäude als einziges in der Strasse betroffen ist. Ich habe keinen Beweis, aber ich kann einen Zusammenhang zum Klimastreik nicht ausschliessen.» Schon bevor das Haus besprayed wurde,

habe er kritische Reaktionen auf seinen politischen Vorstoss erhalten, etwa per Mail. «Das ist auch legitim.» Ganz im Gegensatz zum Angriff mit der Spraydose. «Falls sich herausstellen sollte,

dass er politisch motiviert ist, müssten wir uns die grundsätzliche Frage stellen: Wie gehen wir mit anderen Meinungen um?», sagt Locher. Er sei überzeugt, dass die Bevölkerung ein solches Verhalten nicht goutieren würde. Es müsse möglich sein, eine Diskussion trotz stark unterschiedlicher Meinungen sachlich auszutragen.

Wie hoch der Sachschaden am Haus sei, werde nun abgeklärt, so Locher. Der von der Polizei genannte Betrag sei aber wohl eher zu tief, unter anderem sei die Sandsteinfassade des Gebäudes betroffen. Bedenken wegen seiner persönlichen Sicherheit hat Locher trotz des Vorfalls keine. «Angst ist ein schlechter Ratgeber. Davon lasse ich mich nicht beeinträchtigen.»

Adrian Vögele
adrian.voegele@tagblatt.ch



Sprayereien an der Museumstrasse 35 in St. Gallen.

Bild: Urs Bucher